

... wurde, indem diese Delegation gegen alle Verabre- | nische Frage bereits vor dem Friedendstogere zur Entscheidung | Sie ist das Bureauro mit Parteilose, sondern gegen-
nach Polen fuhr, um dort das Zeichen zum Kampf bez- | zu bringen. | ges. Brodhorff-Rankau. | gut, und das öffentliche Wohl in ihr oberstes Gesetz. Sie
ist eine echte Volkspartei, denn sie will alle Schichten des

Frauen! Frau Schneidewin steht auf der Liste Schiffer

Frauen in der kommunalen Politik, 1893–1933

Ein Forschungsprojekt zur Beteiligung von Frauen an Politik und Gesellschaft

Seit November 2022 geht ein Forschungsprojekt an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg den ersten Kommunalpolitikerinnen im Raum Sachsen-Anhalt nach.

Einführung

Mit der Gründung der Weimarer Republik 1918/19 konnten Frauen nicht nur erstmalig aktiv an demokratischen Wahlen teilnehmen, sondern sich auch selbst für die Parlamente zur Wahl stellen; und dies nicht nur auf überregionaler, sondern auch auf lokaler Ebene – etwa in die Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen. Diese Chance nahmen zahlreiche Frauen wahr. Sie waren als die ersten demokratisch gewählten Parlamentarierinnen im lokalpolitischen Bereich Pionierinnen in ihrem Feld. Ihr Wirken ist jedoch bisher kaum untersucht worden.

An der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg erforscht Dr. Sina Speit unter der Projektleitung von Prof. Dr. Eva Labouvie (Lehrstuhl für Geschichte der Neuzeit mit dem Schwerpunkt Geschlechterforschung) seit November 2022 diese ersten Kommunalpolitikerinnen im Raum Sachsen-Anhalt. Das vom Land Sachsen-Anhalt für drei Jahre geförderte Forschungsprojekt möchte einen explizit landesgeschichtlichen Beitrag zur Beteiligung von Frauen an Politik und Gesellschaft, der Entstehung des modernen Gemeinwesens und der Beförderung des Demokratisierungsprozesses im Raum Sachsen-Anhalt zwischen den 1890er Jahren und 1933 leisten. Dieser Zeitraum ist von politischen und gesellschaftlichen

Abb. oben: 1919 kandidierte die Magdeburger Frauenrechtlerin und Sozialreformerin Helene Schneidewin (1866–1953) auf der Liste der Deutschen Demokratischen Partei für die Nationalversammlung – erfolglos. 1927–1929 war sie jedoch Stadtverordnete. (Magdeburgische Zeitung Nr. 47, 2. Ausgabe, 18.1.1919)

Zäsuren geprägt – er umfasst über zwei Jahrzehnte des Deutschen Kaiserreichs, den Ersten Weltkrieg und die Revolution sowie die gesamte Weimarer Republik als erste deutsche Demokratie bis zur Machtübertragung an die Nationalsozialisten 1933.

Forschungskontext

1893 führte Neuseeland als erster neuzeitlicher Staat das Frauenwahlrecht ein. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich im Deutschen Kaiserreich und auch in der Region des heutigen Sachsen-Anhalts schon die – international vernetzte – Frauen(wahlrechts-)bewegung herausgebildet, die erst 1918 mit Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Bürgerinnen und Bürger ab 20 Jahren ihr Ziel erreichte. Am 15. Dezember 1928 waren es die Anhalter Frauen, die als erste in einem deutschen Land ihr Wahlrecht ausüben konnten – mehrere Wochen bevor das preußische Landesparlament und die Weimarer Nationalversammlung gewählt wurden. Bemerkenswert ist, dass die Kommunalpolitik für die erste Frauenbewegung in ihrem jahrzehntelangen Kampf für das Frauenwahlrecht ein wichtiger Ansatzpunkt war. So forderte sie zuerst das „Gemeindevahlrecht“ für Frauen. Sowohl die bürgerlichen Frauenvereine, allen voran der Allgemeine Deutsche Frauenverein, als auch die sozialdemokratische Frauenbewegung verfolgten das Ziel, Frauen zunächst in kommunale Mitbestimmungsstrukturen zu integrieren. Durch das verbreitete zivilpolitische Engagement von Frauen in der sozialen Fürsorge und Mädchenbildung hatten sie ein starkes Argument für weibliche Teilnahme an Entscheidungsprozessen in diesen Bereichen.

Forschungsfragen

Das Forschungsprojekt fragt mit seinem regionalspezifischen Zugriff zunächst nach dem quantitativen

Umfang weiblicher Mandate in den kommunalen Parlamenten und nach der Repräsentanz von Frauen in den unterschiedlichen Parteien. Darüber hinaus soll untersucht werden, wie sich die Politikerinnen in die männlich geprägten Räume der Kommunalpolitik einbrachten und diese durch ihr Handeln veränderten. Weiterhin wird gefragt, aus welchem sozialen Milieu, mit welchem Selbstverständnis Frauen auf diesen Ebenen der Politik in Erscheinung traten und für welche Anliegen und Ziele, sowie mit welchen Resultaten sich Kommunalpolitikerinnen in der Region engagierten. Sahen sie sich als Nutznießerinnen der jahrzehntelangen Kämpfe von Frauenrechtlerinnen und begriffen sie ihr eigenes Tun im Sinne dieser Bewegung? Setzten sie sich zum Beispiel besonders für Chancen auf Bildung für Mädchen und Frauen und rechtliche und soziale Gleichbehandlung der Geschlechter ein? Aufschlussreich ist in diesem Kontext, ob sie dabei auf diese und weitere Politikfelder ‚reduziert‘ wurden, für die Frauen vermeintlich – aufgrund der ihnen zugeschriebenen geschlechtlichen Eigenschaften – prädestiniert waren. Wo lagen also ihre Handlungsfelder und Chancen und wie wurden diese eventuell begrenzt? Insbesondere interessie-

ren dabei auch regionale Spezifika, die etwa mit der Stärke der Sozialdemokratie in der Region oder mit der geografischen Nähe zu Leipzig und Berlin – zwei wichtige Zentren der bürgerlichen Frauenbewegung – in Zusammenhang stehen. So kommen sowohl die verschiedenen Flügel der Frauenbewegung in den Blick, als auch das politische Wirken sich als konservativ verstehender Frauen.

Relevante Archivbestände

Für das Forschungsprojekt sind die Überlieferungen der Regierungsbezirke Magdeburg und Merseburg in der damaligen Preußischen Provinz Sachsen von Interesse, die im Landesarchiv Sachsen-Anhalt an den Standorten Magdeburg und Merseburg liegen. Hier wird unter anderem in den Akten der Kommunalregistratorien der Regierungen und der Landratsämter und Kreiskommunalverwaltungen überprüft, ob sich das Wirken von Kommunalpolitikerinnen darin niederschlägt. In Akten der politischen Polizei wird eruiert, ob Frauen, deren Mitgliedschaft in politischen Parteien bis 1908 verboten war, registriert und gegebenenfalls überwacht wurden. In Vereinsregisterunterlagen wird außerdem die Arbeit von

Die erste Kommunalwahl 1919: Bürgerliche Frauenvereine warben bei der weiblichen Wählerschaft für die Liste des Naumburger Bürgerausschusses. (Naumburger Tageblatt Nr. 51, Beilage, 1.3.1919)



Frauenvereinen aus dieser Zeit nachvollzogen. Darin zeigen sich gegebenenfalls organisatorische und persönliche Netzwerke und das Zusammenspiel von parlamentarischer und zivilgesellschaftlicher Kommunalpolitik von Frauen. Darüber hinaus sind die Kaderakten der Sozialistischen Einheitspartei (SED) und der Verfolgten des Naziregimes (VdN) von Interesse, da einige Frauen ihr politisches Engagement nach 1945 in der DDR fortgesetzt haben oder als Widerstandskämpferinnen während des Nationalsozialismus geehrt wurden.

Neben der Überlieferung im Landesarchiv sind die jeweiligen Bestände in den einzelnen Stadtarchiven von Relevanz, sofern diese erhalten sind und über das Wirken der Stadtverordneten zwischen 1919 und 1933 und der örtlichen Frauenvereine seit den 1890er Jahren Auskunft geben.

Die neuartigen Erkenntnisse des Projekts werden in einer Monographie veröffentlicht, sollen in Teilen aber schon zuvor über eine Projekt-Website einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Sina Speit

(Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg)